

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhebt 14 auf weitere nur Montage, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn monatlich 20, durch unsere Mitglieder zugesprochen in der Stadt monatlich 10, auf dem Lande 15, durch die Post bezogen vierwöchentlich 30, mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Interimspreise: III. für die 6 getragene Korpusgröße oder deren Raum, Hellamen, die 2 hellige Korpusgröße. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragene Korpusgröße. Nachweisungs-Gebühr. Die Abrechnung des Bezugspreises erfolgt am 10. März. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Er erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 21.

Dienstag / Mittwoch 20. / 21. Februar 1923.

Amtlicher Teil.

Zuckerverteilung. Für den Monat Februar gelangen 2 Pfund Mandzucker und 1 Pfund Einkochzucker als Sonderzuweisung zur Verteilung, die mit je 1 Pfund auf die Abschnitte F, G und H der Zuckerkarte ausgegeben werden.

Meißen, am 15. Februar 1923.

Z. Nr. 17.

Der Kommunalverband Meißen Land.

Nach Ablauf der Einspruchsfrist wird das endgültige Ergebnis der Wahl der Versicherungsbeiträger als Mitglieder des Versicherungsausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen wie folgt bekannt gemacht:

- a) Arbeitgeber: 1. Fabrikdirektor Emil Wunderlich in Meißen, 2. Fabrikbesitzer Richard Menzel in Lommahsch-Raubitz, 3. Fabrikdirektor Georg Ruppel in Kötz, 4. Rittergutsbesitzer Hans Mälzer in Augustusberg, 5. Gutsbesitzer Oswald Leuschner in Sachsdorf, 6. Gutsbesitzer Otto Horn in Leippen.
- b) Versicherte: 7. Schmied Paul Schneider in Weindöbela, 8. Geschäftsführer Edward Schmidt in Coswig Sa., 9. kaufmännischer Beamter Edmund Arnold in Weindöbela, 10. Landarbeiter Franz Wittig in Wendischbora.

11. Landarbeiter Heinrich Röhner in Birkenhain, 12. Landarbeiter Paul Demuth in Varmenitz. Meißen, am 16. Februar 1923. XI b 22. Das Versicherungsamt der Amtshauptmannschaft. Der Wahlleiter.

Zwangsanleihe.

Die Zeichner, die bis Ende September 1922 gezeichnet haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Schuldverschreibungen bei der Annahmestelle, die die Zeichnung entgegengenommen hat, abzuholen.

Rossen, am 15. Februar 1923.

Das Finanzamt.

Strompreise.

Die gewaltige Steigerung der Kohlenpreise macht eine anderweitige Regelung der Strompreise für diesen Monat erforderlich. — Wir machen bereits heute darauf aufmerksam, daß mit einer sehr erheblichen Steigerung zu rechnen ist.

Wilsdruff, am 17. Februar 1923.

Der Stadtrat.

Donnerstag den 22. Februar abends 7 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Wilsdruff, am 19. Februar 1923.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Oberbürgermeister von Essen, Oberhausen und Duisburg wurden von französischen und belgischen Militärgerichten zu schweren Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt.
- * Gelsenkirchen wurde von den Franzosen zur Erzwingung einer Buße von 100 Millionen Mark erneut besetzt.
- * Die Rheinlandkommission hat zum 21. Februar sämtliche deutschen Zollbeamten im besetzten Gebiet entlassen.
- * Aus Paris verlautet halbamtlich, daß Frankreich keinerlei Vermittlung im Ruhrstreik annehmen werde, sondern die Unterwerfung Deutschlands erwarte.
- * Die Londoner Verhandlungen über die Benutzung der Eisenbahnen im englischen Gebiet durch die Franzosen wurden ergebnislos unterbrochen.
- * Die englische Arbeiterpartei hat an Harding einen Aufruf gerichtet, daß er in der Ruhrfrage intervenieren möge.

„Ein Volk von Brüdern.“

Aus dem französischen Einfall ins Ruhrgebiet erwuchs der Abwehrkampf des gereinigten Deutschlands. Wider alles Erwarten der Franzosen war er erdbrannt, und wider alles Erwarten wurde er mit Kraft und Zähigkeit durchgeführt. Und siehe da, es wandte sich alsbald das Bild. Das französische Staunen wurde zum offenkundigen Schrecken: nicht nur das Fallen des Frank, sondern auch tausend andere Anzeichen bewiesen mit großer Deutlichkeit, daß sich mit einem Male auch Frankreich in einen Abwehrkampf verwickelt sah. Und zwar wurde es sehr rasch sichtbar, daß sich dieser Abwehrkampf bedeutend gefährlicher und aussichtsloser gestaltete.

Erstens nahm man in aller Welt gegen die französische Gewaltpolitik grundsätzliche Stellung, und zweitens verlagten gegenüber der Einheitsfront der Deutschen selbst die erprobtesten Mittel. Französische Charakteranlagen entsprechend griffen also die französischen Generale zur nächstliegenden Methode. Die bisherige verhältnismäßige Rücksichtnahme machte einer Politik der Brutalität Platz. Diese Politik wurde soeben durch das französische Kriegsgericht in Essen ihrem derzeitigen Gipfel zugeführt. Der stellvertretende Oberbürgermeister von Essen Dr. Schäfer wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Geldstrafe, der Oberbürgermeister von Oberhausen Havenstein sogar zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der französische Staatsanwalt hat es gewagt, 10 Jahre Zuchthaus zu beantragen. Und was lag der Anklage zugrunde? Der Angeklagte hatte einen stillgelegten Bahnhof nicht beleuchten lassen. „Gefährdung französischer Eisenbahntransporte!“ Oberbürgermeister Havenstein hat das Urteil, das in der Welt ein neues Zeugnis gegen Frankreich ablegen wird, in würdiger Haltung entgegengenommen: „Es gibt kein Gesetz, das einem Manne zum Missetäter zu machen.“ Auf deutscher Seite ist bereits die lautstönende Antwort erteilt worden. Als in Berlin im Staatstheater Schillers „Wilhelm Tell“ gegeben wurde, erschienen bei der Vorstellung der Reichspräsident, der Reichskanzler, sämtliche Minister des Reiches und Breußens, der frühere Kanzler Dr. Brüch, sämtliche Parteiführer, und als die Szene des Ritterschwur kam, mit den Worten: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“, erhob sich das tausendköpfige Auditorium zu einer einheitlichen, machtvollen Kundgebung vaterländischen Gefühls. Und noch einmal tauchte der Beifall, als Neben die Worte andrief: „Wenn erst der Boden rein ist von dem Feind, dann wollen wir's in Frieden schon befechten.“ Niemals in keiner ansien Geschichte ist das

Staatstheater der Reichshauptstadt der Schauplatz einer ähnlich packenden Szene gewesen. Der deutsche Abwehrkampf steht gut und schreitet von Erfolg zu Erfolg. Wie steht es aber mit Frankreich?

Herr Poincaré hatte den Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Trocquer, nach London geschickt. Welche Forderungen und Wünsche er der englischen Regierung unterbreiten sollte, ist einwandfrei bisher nicht bekannt geworden. Man sprach von einer Sondierung Poincarés. In der Öffentlichkeit hieß es, daß Frankreich das freie Verfügungsrecht über die Eisenbahnlinie der englischen Köhler Besatzungszone haben wolle. Und damit hat sich Herr Trocquer zunächst einen sehr ansehnlichen, handlichen Korb geholt. Er ist wieder nach Paris abgedampft. Gleichzeitig nahm aber die Debatte über die Ehrenrede im englischen Unterhaus einen Verlauf, der in geradezu musterhafter Weise zeigt, wie weit Frankreich tatsächlich heute schon nicht nur ideal und moralisch, sondern auch rein praktisch und taktisch gegenüber Deutschland ins Hintertreffen geraten ist. Die englische Arbeiterpartei, heute bekanntlich die zweitstärkste des Hauses, setzt unabweisbar zu einem Frontalangriff gegen die offizielle Politik Bonar Law's an, und einer ihrer Führer, Snowden, prägte auf Frankreich Worte, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. „Eisach-Lothringen sei zu 90% deutsch. Versailles habe die Schlagader des Wirtschaftslebens Deutschlands durchgeschnitten, und wenn Deutschland geheilt hätte, dann hätte es den Alliierten keinen Frieden auferlegt, der ehrloser, brutaler, ungerechter und herausfordernder gewesen wäre als der von Versailles. Gleichzeitig hat die Arbeiterpartei an den Präsidenten Harding von Amerika einen Aufruf zur Mitarbeit bei der Lösung der europäischen Krise erlassen. Die englische Regierung wurde aufgefordert, die Einberufung einer weltwirtschaftlichen Konferenz zu veranlassen.“

Das Verlangen ist, von englischer Seite aus gesehen, ganz anerkennenswert, aber ob es das rechte Mittel ist? Konferenzen haben wir wirklich in genügender Anzahl gehabt, ohne daß sie zu irgend etwas geführt hätten. Das scheint es schon wirksamer, wenn der deutsche Abwehrkampf ungeschwächt fortgesetzt wird. Wir haben nämlich das Gefühl, als ob er, was das Endergebnis anlangt, einer Konferenz mit vielen Entschleppungen, aber ohne Entschluß, ganz wesentlich vorzuziehen ist.

Der Protest gegen die Gewalturteile.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Verurteilung des Bürgermeisters Dr. Schäfer in Essen und des Oberbürgermeisters Havenstein in Oberhausen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen in Telegrammen an die Stadtverwaltungen in Essen und Oberhausen seiner Empörung über diesen in die Form eines Rechtspruches gekleideten Willkürakt französisch-belgischer Willkür gegen die nach Eid und Pflicht handelnden Bürgermeister Ausdruck gegeben und den beiden verurteilten Beamten seine besondere Anerkennung für ihr pflichttreues und mannhaftes Verhalten ausgesprochen. — Gegen die Urteile selbst ist sofort Berufung eingelegt worden.

Vom belgischen Kriegsgericht in Aachen wurde ferner das Urteil gegen den Oberbürgermeister Dr. Jarres (Duisburg) verkündet. Er wurde zu einem Monat Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Auch Dr. Jarres wird gegen das Urteil Revision einlegen. Bei der Urteilsverkündung wurde Oberbürgermeister Dr. Jarres gefesselt vorgeführt.

Gelsenkirchen erneut besetzt.

100 Millionen verlangt.

Wegen der letzten Zwischenfälle in Gelsenkirchen ist die Stadt abermals von den Franzosen besetzt worden. Kavallerie, Infanterie und Panzerautos zogen durch die Stadt. An der Spitze der einmarschierenden Kavallerie wurde neben zwei französischen Offizieren als Geisel der vor einigen Tagen verhaftete Kommandeur der Gelsenkirchener Schutzpolizei, Kunow, geführt. Aber 20 Tanks haben auf den verschiedenen Plätzen Aufstellung genommen. Sämtliche öffentlichen Gebäude und der Bahnhof sind besetzt, ebenso alle Banken. Die Geschäftsbüros haben geschlossen. Die Franzosen beschlagnahmten sowohl bei der Post wie bei der Eisenbahndirektion Gelder. Zahlreiche Verhaftungen haben bereits stattgefunden. Wie der französische kommandierende General durch Strafenanschlag mitteilt, soll die Besetzung der Stadt erfolgt sein, weil Gelsenkirchen wegen des Überfalls auf die beiden französischen Gendarmereisoffiziere mit einer Geldbuße von 100 Millionen Mark belegt worden sei. Die Stadt werde so lange besetzt bleiben, bis das Geld bezahlt sei. Bis dahin treten scharfe Bestimmungen in Kraft. Kinos und andere öffentliche Lokale sind geschlossen. Alle Luftfahrten sind verboten. Der Straßenverkehr vor 7 Uhr morgens und nach 7 Uhr abends ist ebenfalls verboten. Weitere scharfe Maßnahmen behält sich der kommandierende General vor.

Massenentlassung von Zollbeamten.

Ein neuer Gewaltstreik der Rheinlandkommission.

Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, daß vom 20. Februar ab das gesamte deutsche Zollpersonal, und zwar sowohl das ortsanfässige wie auch das zurzeit im besetzten Gebiet dienende, entlassen ist. Der alliierte Zolldirektionsausschuss ist beauftragt, den Zolldienst im besetzten Gebiet sicherzustellen.

Damit hat die Rheinlandkommission endgültig beschlossen, die Zolleinnahmen im besetzten Gebiet auf eigene Rechnung einzuziehen. Mit Hilfe der Militärbehörden werden alle Zollbüros übernommen werden, von denen die Verbündeten wünschen, daß sie offen bleiben sollen. Andere sollen geschlossen werden. Das deutsche Personal wird verabschiedet. Waren, die aus dem Auslande ins besetzte Gebiet eingeführt werden, haben eine zehnprozentige Taxe zu zahlen, die an Stelle der bisherigen Zolltarife tritt. Diese Taxe kann für Lebensmittel vermindert werden. Für Fleisch, Butter, Eier, Zucker, Kondensmilch braucht keine Taxe entrichtet zu werden. Dieser neue Gewaltstreik soll ein weiteres Mittel zur Einschüchterung der Bevölkerung im besetzten Gebiet darstellen. Er wird sein Ziel ebenso wie die vorangegangenen Gewaltakte verfehlen.

Chronik der Gewalttaten.

Die französischen Soldaten haben den Befehl erhalten, jeden in Telegraphenlinien angetroffenen Beamten und Arbeiter ohne Anruf zu erschließen. Die Instandhaltung und Freibleistung an den Telegraphenlinien ist damit unmöglich. Beim oberkommandierenden General Degoutte ist seitens der Oberpostdirektion sofort scharfer Protest erhoben worden.